

Antrag zum Landesausschuss von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 4.03.20

Antragstellerin: LAG Migration und Flucht

1 **VERNICHTUNGSKRIEG GEGEN DIE BEVÖLKERUNG**
2 **VERURTEILEN – SOFORTIGE NOTHILFE**
3 **BEREITSTELLEN – SCHUTZSUCHENDE AUFNEHMEN**

4

5 Der Syrienkonflikt hat in der Provinz Idlib eine neue Dimension der Gewalt gegenüber
6 der Zivilbevölkerung erreicht – die humanitäre Situation ist nahezu an ihrem
7 Siedepunkt angekommen: Über eine Million Menschen sind seit Dezember 2019 in Idlib
8 vor den syrischen Streitkräften und seinen Verbündeten auf der Flucht, darunter eine
9 halbe Million Kinder. Alleine im syrischen Grenzort Atmeh harren rund zwei Millionen
10 Geflüchtete in eisiger Kälte aus, vielfach unter freiem Himmel und hoffen vergeblich vor
11 der u.a. mit deutschen Steuergeldern gebauten türkischen Grenzmauer auf Schutz in der
12 Türkei¹. Die Streitkräfte des Assad-Regimes mit seiner paramilitärischen Milizen,
13 darunter die libanesische Hisbollah sowie die iranischen Milizen rücken unter Schutz
14 der russischen Luftwaffe immer näher und bombardieren ganze Städte und Dörfer in
15 Schutt und Asche, gleichzeitig schießen türkische Grenzsoldaten auf Menschen, die
16 versuchen in die Türkei zu fliehen. Die Reaktionen der Internationalen Gemeinschaft,
17 der Europäischen Union sowie der Bundesregierung beschränken sich bislang auf
18 mediale Verurteilung und kommen über humanitäre Appelle und
19 Solidaritätsbekundungen nicht hinaus. Es ist seit 2011 nicht gelungen, die Zivilist*innen
20 vor Angriffen und Bomben dieses verheerenden Krieges zu schützen, der mit seinen
21 regionalen und internationalen Dimensionen und Einmischungen über die Bevölkerung
22 Syriens hinaus geht. Es gibt nach wie vor keine sichere Region in Syrien, in die Verfolgte
23 fliehen könnten.

1 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/syrien-im-vorhof-der-hoelle-16650129.html>

24 Die EU und Nato drücken sich vor ihrer erforderlichen Verantwortung diesen Krieg zu
25 stoppen und den Weg für einen nachhaltigen Frieden zu ebnen. Währenddessen nutzt
26 Erdogan Schutzsuchende in der Türkei als Druckmittel gegen die EU und öffnet die
27 Grenzen zur EU. Statt notwendige Hilfe zu bieten, rüsten beispielsweise Griechenland
28 und Bulgarien auf und gehen mit militärischer Gewalt gegen Schutzsuchende an der
29 europäisch-türkischen Grenze vor. Diese brutalen Szenen sind der Europäischen Union
30 und den Werten, für die wir als Bündnis 90/Die Grünen aktiv eintreten, nicht würdig.
31 Angesichts dieser erschreckenden Entwicklungen müssen die todbringenden Folgen der
32 europäischen Abschottungspolitik und die damit verbundene faktische Aushebelung der
33 Genfer Flüchtlingskonvention verurteilt und ein Ende der gegen Geflüchtete durch
34 europäische Streitkräfte und Grenzbeamt*innen eingesetzte Gewalt an den
35 Außengrenzen eingefordert werden. Das ist auch ein Resultat des unsolidarischen
36 Handelns der europäischen Mitgliedsstaaten, welche insbesondere Griechenland bisher
37 allein gelassen haben. Auch die Menschen in Idlib bedürfen unserer sofortigen Hilfe:
38 Eine massive Aufstockung der humanitären Soforthilfe und eine Evakuierung von
39 Schutzsuchenden aus Idlib über die Türkei notwendig.

40 Die Türkei hat mit 3,5 Millionen Geflüchteten die meisten Menschen aufgenommen, die
41 vor dem seit neun Jahren andauernden brutalen internationalen Krieg in Syrien
42 geflohen sind. Aber die Grenze zur Türkei ist mittlerweile in Folge des EU-Türkei-
43 Abkommens von 2016 dicht. Die deutsche Bundesregierung wiederum hat ihre Zusagen
44 aus dem EU-Türkei-Deal nicht eingehalten, im Gegenzug für die höchst fragwürdige
45 Abschottung der türkischen und europäischen Grenzen syrische Schutzsuchende aus der
46 Türkei in größerer Zahl aufzunehmen. Die EU kann das Elend an der syrisch-türkischen
47 Grenze beenden, indem der Türkei praktisch angeboten wird, durch eine sofortige und
48 direkte Aufnahme von Schutzsuchenden in die EU-Staaten, ihre Grenze für
49 Schutzsuchende aus Idlib zu öffnen. Bleibt diese Grenze verschlossen, sitzen die
50 Menschen in der Falle und es droht eine humanitäre Katastrophe mit unzähligen Toten,
51 für die wir als EU mitverantwortlich sind. Daher muss der Druck auf die
52 Bundesregierung gemeinsam mit anderen Bundesländern deutlich erhöht werden,
53 endlich ihre Zusagen für ein humanitäres Aufnahmeprogramm für syrische
54 Schutzsuchende aus der Türkei einzuhalten. Zudem muss gemeinsam mit anderen
55 Bundesländern und Partnerstädten aus dem Netzwerk Solidarity Cities für ein
56 solidarisches, den Menschenrechten verpflichtetes Europa geworben und eine sofortige
57 Abkehr von der Gewalt gegenüber Schutzsuchenden an den Außengrenzen eingefordert
58 werden.

59

60 Wir erwarten, dass der rot-rot-grüne Senat:

- 61 • die militärische Offensive des Regimes und Russlands in Idlib in aller
62 Deutlichkeit verurteilt!
- 63 • die Gewalt, mit der Schutzsuchenden an den Europäischen Außengrenzen
64 begegnet wird, verurteilt und alle Akteur*innen nachdrücklich zur Wahrung der
65 Menschenrechte aufgefordert!
- 66 • die Bundesregierung dazu auffordert, bei Griechenland auf die absoluten
67 Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention zu bestehen und einen Bruch durch
68 ein Aussetzen des Asylrechts nicht hinnimmt!
- 69 • die Bundesregierung mit Nachdruck auffordert sichere, legale Fluchtoptionen für
70 die Menschen in Idlib zu schaffen!
- 71 • die Bundesregierung mit Nachdruck zu einer massiven Ausweitung ihrer
72 Resettlementaktivitäten in der Türkei auffordert!
- 73 • bei der Bundesregierung für ein sofortiges Ende des rechtswidrigen EU-Türkei-
74 Deals eintritt!
- 75 • die Bundesregierung mit Nachdruck zu sofortiger Nothilfe für die Menschen in
76 Provinz Idlib auffordert!
- 77 • sich gemeinsam mit anderen Bundesländern sowie mit europäischen Partner-
78 Städten im Rahmen des Netzwerkes Solidarity Cities dafür einsetzt, dass
79 Schutzsuchende ihr Recht auf Asyl wahrnehmen können und das gewaltsame
80 Vorgehen an den Außengrenzen beendet wird!
- 81 • Sich dafür einsetzt, dass nicht nur syrische Funktionäre und Kriegsverbrecher,
82 sondern auch russische auf die Sanktionsliste aufgenommen werden!